

genanet fragt, Parteien antworten:

Wahlprüfsteine zu Geschlechtergerechtigkeit, Umwelt und Nachhaltigkeit

Im Juli hatte **genanet** – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit, Umwelt und Nachhaltigkeit Wahlprüfsteine erstellt und, mit konkreten Fragen versehen, der Spitzenkandidatin und den -kandidaten der Parteien zur Beantwortung vorgelegt. Die Antworten liegen inzwischen vor, sind aber zum Teil sehr ausschweifend, weshalb wir für die eilige LeserIn die Kernaussagen herausgezogen haben. Die Auswahl der Aussagen ist zwangsläufig subjektiv, die vollständigen Fragen und Antworten der Parteien zu den Prüfsteinen finden Sie im Internet unter www.genanet.de/wahlpruefsteine.html

Die heiße Phase des Wahlkampfes ist in vollem Gang. Themen wie Steuern und Arbeitslosigkeit werden heftig diskutiert – Umweltschutz, Geschlechter-

gerechtigkeit und eine nachhaltige Entwicklung dagegen kaum. Wer die Wahlprogramme der Parteien liest, stellt fest: für die Gleichstellung der Geschlechter und für Umweltschutz sind alle Parteien. Doch jede Partei hat ihre eigene Vorstellung davon. Und wie die aussieht, ist aus den allgemeinen Worten nur schwer herauszulesen. Um Klarheit zu schaffen, haben wir den Parteien Fragen vorgelegt. Sie werden sehen: Einige Antworten sind konkret und beinhalten bereits Konzepte zur Umsetzung, andere sehr ausweichend. Beides ist aufschlussreich. Machen Sie sich selbst ein Bild, wie zukunftsfähig die Parteien und ihre Programme sind und wie sie sich für Geschlechtergerechtigkeit engagieren.

1. Prüfstein: Geschlechtergerechte Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

„Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird von **CDU/CSU** als durchgängiges Leitprinzip anerkannt. Wir wollen diese Aufgabe mittels der Strategie des Gender Mainstreaming aktiv fördern.“ Außer diesem Grundsatz erfolgt von der CDU/CSU keine Festlegung auf bestimmte Instrumente oder die jeweiligen Vorhaben, die umgesetzt werden sollen: „Die konkrete Ausgestaltung unserer Gender Mainstreaming-Strategie in diesem konkreten Bereich werden wir nach einem Regierungswechsel festlegen. Die Union wird dabei insbesondere darauf achten, dass diese mit unserer Forderung nach Bürokratieabbau im Einklang steht.“

Die **SPD** verweist auf die Nachhaltigkeitsstrategie der bisherigen Bundesregierung, die „explizit eine gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen vor“ [sieht], auf das 2001 in Kraft getretene Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz, das die Gleichstellung von Frauen im Bereich des Bundes zum Ziel hat sowie auf die gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung, in der sie sich „verpflichtet, im Sinne des Gender-Mainstreaming geschlechtsspezifische Aspekte in allen Fachpolitiken zu berücksichtigen“.

Gender Mainstreaming ist für **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** „sowohl Grundsatz als auch Methode, den geschlechtsspezifischen Ansatz in alle Politikfelder, Konzepte und Prozesse einzubringen.“ Sie verwei-

sen auf die Förderung des Ansatzes durch die rot-grüne Bundesregierung, insbesondere im Bundesumweltministerium und beschreiben detailliert die bislang angestrebten Umsetzungsinstrumente, Pilotprojekte, neu entwickelten Methoden (z.B. Gender Impact Assessment) und die Vernetzung von AkteurInnen zu Gender und Nachhaltigkeit, die sie in Zukunft institutionell verankert sehen möchten. Für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie wollen sie das Thema Gender als Querschnittsthema verankern.

Die **FDP** weist in ihrem Schreiben darauf hin, dass es für sie sehr interessant sei, „die Einschätzungen der in Ihrem Netzwerk beteiligten Wissenschaftlerinnen und Genderexpertinnen zu den vielfältigen, von Ihnen bearbeiteten Politikfeldern zu erfahren“ und möchte diese in ihre interne politische Diskussion einfließen lassen. Allerdings haben sie sich bisher mit den Fragen der Wahlprüfsteine noch nicht detailliert befasst und dazu Positionen festgelegt. Sie sehen sich daher außerhalb, den Fragenkatalog umfassend zu beantworten, nehmen aber zu den einzelnen Themenfeldern Stellung.

Zu den Grundsätzen eines geschlechterdemokratischen Staates schreibt die FDP, dass die Liberalen „durchaus noch Defizite hinsichtlich der tatsächlichen Geschlechtergerechtigkeit“ [sehen]. Die

tatsächliche Gleichberechtigung setze „einen gesellschaftlichen Wandel im weiblichen und im männlichen Rollenverständnis und die stärkere Wertschätzung und Integration weiblicher Potenziale in Wirtschaft und Gesellschaft voraus.“ Am Ende des Abschnitts steht der verblüffende Schlusssatz: „Emanzipierung ist in vielerlei Hinsicht Liberalisierung“, woraufhin der „Rückbau belastender, überbordender staatlicher Eingriffe und Bürokratie“ gefordert wird. Konkrete Maßnahmen, wie denn z.B. der Abbau „bestehender Barrieren und Benachteiligungen“ erreicht werden soll, gehen hieraus nicht hervor (z.B. sieht das Antidiskriminierungsgesetz genau dies vor, das die FDP aber ablehnt).

„Für die **Linkspartei.PDS** ist Gender Mainstreaming ein grundlegendes Konzept, das in allen Politikbereichen Anwendung finden muss.“ Sie setzen sich „für eine bessere Repräsentanz von Frauen ein“ und schreiben, dass geschlechtssensible Untersuchungen und Gender Impact Assessments verstärkt eingesetzt werden sollten. Als wichtigste Maßnahme machen sie sich für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und die Verbesserung der Gleichstellungsgesetze im Öffentlichen Dienst stark. Bei der Nachhaltigkeitsstrategie halten sie das bisher erreichte aus Geschlechtergerechtigkeitssicht für zu wenig und benennen genderrelevante Inhalte, die aufgenommen werden sollten.

2. Prüfstein: Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der Gestaltungsmacht (nicht nur) im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit

CDU/CSU „wollen die Gleichstellung von Frauen in der Berufswelt“ und richten ihr Hauptaugenmerk auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um eine effektivere Umsetzung erreichen zu können, müsse „der Gleichstellungspolitik insgesamt ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Sie muss als zentrales Element sowohl von Gesellschafts- als auch von Wirtschaftspolitik begriffen werden.“ Zur Durchsetzung dieser Ziele setzen sie allein auf eine gemeinsam mit den Unternehmen erarbeitete frauen- und familienfreundliche Ausgestaltung der Arbeitswelt und betonen außerdem, „in der Gleichstellungspolitik stärker als bislang auf einen Geschlechterkonsens“ hinwirken zu wollen.

Die **SPD** will, „dass Frauen und Männer in der Gesellschaft und im Beruf gleichgestellt sind.“ Sie steht für „eine starke institutionelle Verankerung auf allen politischen Ebenen – durch Frauenministerien, -ausschüsse, Gleichstellungsbeauftragte etc.“ Sie weist auf die Selbstverpflichtung der Partei hin, nach der mindestens 40% der Ämter und Mandate für Frauen und Männer reserviert sind, als Folge sind knapp 40% der SPD-Bundestagsabgeordneten weiblich. Die auf die SPD entfallenen Ressorts der Bundesregierung sind ebenfalls paritätisch besetzt. Zur Förderung der Teilhabe von Frauen in der privaten Wirtschaft nennt sie die Vereinbarung der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft von 2001. Allerdings verschweigt die Antwort, dass diese bislang nicht zu Verbesserungen geführt hat; das daraufhin erarbeitete Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft vom Bundeskanzler aber auf Eis gelegt wurde.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen einer geschlechterparitätischen Besetzung aller von der Bundesregierung zu besetzenden Gremien zu; 1986 hatten sie erste Partei die Mindestquotierung eingeführt. Sie informieren über ihren Koalitionsantrag vom März 2005, in dem eine Rechtsverord-

nung zur zügigen Umsetzung der Bestimmungen des Bundesgremienbesetzungsgesetzes beantragt wurde, der aber wegen der Auflösung des Bundestages nicht mehr umgesetzt werden konnte. Sie stellen fest, dass in der Privatwirtschaft die freiwillige Vereinbarung zwischen Wirtschaft und Bundesregierung von 2001 zu keinen Erfolgen geführt hat, weshalb sie gesetzliche Regelungen für nötig halten, gekoppelt mit materiellen Anreizsystemen für ArbeitgeberInnen (z.B. bei der Vergabe öffentlicher Aufträge). Ebenso ausdrücklich setzen sie sich für ein ambitioniertes Antidiskriminierungsgesetz ein, das bisher am Widerstand von CDU/CSU und FDP im Bundesrat gescheitert ist.

Die **FDP** schreibt allgemein (vgl. Erklärung unter WP 1): „Die berufliche Gleichstellung von Frauen muss vorangetrieben werden angesichts eines sich ständig vergrößernden Wettbewerbs (...) und aus der Erkenntnis heraus, dass es für die eigene Organisation ein Verlust ist, wenn weibliche Potenziale sich aufgrund von Diskriminierungen nicht optimal entfalten. (...) Die wirkungsvollste Triebfeder für ein Engagement zur Frauenförderung ist es, Gleichstellung als Erfolgsfaktor zu erkennen.“ Maßnahmen, die eine gleichberechtigte Beteiligung an Entscheidungen voranbringen oder die Einbeziehung von GenderexpertInnen befördern finden sich nicht.

Die **Linkspartei.PDS** setzt sich ausdrücklich für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und die „Verbesserung der Gleichstellungsgesetze im öffentlichen Dienst“ ein. Sie „wollen z.B. auch, dass Gremien in Verwaltung und Hochschule paritätisch besetzt werden“, und skizzieren das vorgeschlagene Gesetz. Für eine Integration der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit in alle politischen Planungen wollen sie GenderexpertInnen als BeraterInnen hinzuziehen und Analysen und Untersuchungen zu einzelnen Politikfeldern in Auftrag geben.

3. Prüfstein: Geschlechtersensible Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung fördern, geschlechterdifferenziertes Datenmaterial bereitstellen

Die **CDU/CSU** zieht sich mit dem sehr allgemeinen Satz „Im Sinne unseres [unter Wahlprüfstein 1] dargestellten Gender Mainstreaming-Ansatzes werden wir eine geschlechtersensible Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung fördern und dann auch geschlechterdifferenziertes Datenmaterial bereitstellen“ aus der Affaire.

Die **SPD** verweist auf das von der Bundesregierung aufgelegte Forschungsprogramm zur Nachhaltigkeit. Im Rahmenprogramm ist festgelegt, dass „sowohl bei der personellen Besetzung der Forschungsverbände als auch bei den Forschungsinhalten Gender-Fragen besonders berücksichtigt werden sollen, weil sie zusätzliche Wissensbestände zum Nutzen aller erschließen können.“ Dies fließt auch in die Begutachtung der Anträge ein. Zur Frage der Generierung geschlechterdifferenzierten Datenmaterials verweist die SPD auf die im Rahmen der Gender-Mainstreaming-Prozesse der Bundesregierung erstellten Arbeitshilfen.

„**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** setzen sich in allen Bereichen der Forschungspolitik dafür ein, dass die gesellschaftliche Relevanz von Problemen ein Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Mittel ist.“ Damit sei auch sichergestellt, dass die Frage be-

rücksichtigt werde, wie ein bestimmtes Problem die Geschlechter betrifft. Für die Forschungsstrukturen fordern sie mehr Gendersensibilität, Gremien sollen geschlechterbewusst besetzt werden. Sie schreiben es ihren Bemühungen zu, dass im Pakt für Forschung die Frauenförderung von Maßnahmen als Förderkriterium integriert ist. Um die Grundlagen für Frauen- und Genderaspekte in der Forschung zu legen, wollen sie sich in allen Bildungsstufen für Geschlechtersensibilität einsetzen.

Die **FDP** beantwortet den Wahlprüfstein zur Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung nicht.

Die **Linkspartei.PDS** geht davon aus, dass sie als Oppositionspartei nicht über Fördermittel entscheiden wird. „Wir können aber die Ergebnisse der Forschungen und die Forderungen der Netzwerke und Organisationen in unsere Positionen und Anträge einfließen lassen.“ Sie befürworten die Vergabe von Fördermitteln an Verbände, Organisationen und Institute, die sich mit gendergerechter Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung beschäftigen und sprechen sich dafür aus, dass alle Daten gendersensibel erhoben werden.

4. Prüfstein: Stärkung der Interessen von Frauen in der Umwelt- und Gesundheitspolitik und im VerbraucherInnenenschutz

CDU und CSU konstatieren, dass Wirtschaft und Umweltschutz keine Gegensätze sind und bekennen sich nachdrücklich zum Ziel der Nachhaltigkeit. „Wir wollen wirtschaftliche Produktivität und gesellschaftliche Prosperität mit dem Schutz von Natur und Umwelt in Einklang bringen.“ Einschränkend lassen sie uns hingegen wissen, dass Umweltschutz aber bezahlbar sein muss. „Umweltpolitik hat dort Grenzen, wo sie Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen unangemessen behindert.“ Trotzdem versprechen sie eine „verantwortungsbewusste Politik“ im Bereich Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, da ihnen die Unterschiede zwischen Frauen und Männern hinsichtlich ihrer Erwartungen und Bedürfnisse bewusst seien.

Die **SPD** führt aus: „Eine moderne, international orientierte Wirtschaftspolitik muss sich an dem Leitziel der Nachhaltigkeit orientieren. Ökologische und soziale Ziele müssen gleichermaßen einbezogen werden wie ökonomische. Nur auf dieser Grundlage dürfen zukünftig ökonomische und technische Entscheidungen getroffen werden.“ „Der Schutz der nicht erneuerbaren Ressourcen wie Natur, Böden, sauberes Wasser und Luft bleibt im Mittelpunkt unserer Umweltpolitik, die wie die Wirtschaftspolitik Teil unserer Gesamtpolitik ist.(...)“ Ebenso hat für die SPD ein „umfassende,

unabhängige und flächendeckende Interessenvertretung der Verbraucherinnen und Verbraucher als Gegenstück zur Macht der Anbieter“ eine besondere Bedeutung, weshalb Verbraucherverbände und –zentralen trotz der angespannten Haushaltslage erhalten bleiben müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen Frauenverbände und Netzwerke, die „wichtige Beiträge in der Umwelt-, Gesundheits- und VerbraucherInnenpolitik“ leisten. Sie wollen an der Verankerung des Rechts auf Information in einem Verbraucherinformationsgesetz und der Stärkung der Verbrauchervertretung durch ein Verbandsklagerecht festhalten, auch wenn CDU/CSU/FDP diese bereits zweimal im Bundesrat verhindert haben.

„Eine kluge Wirtschaftspolitik denkt Verbraucherschutz mit. (...) Vorausschauende Firmen haben längst erkannt, dass deutsche Produktion am Weltmarkt nur durch die Einhaltung hoher Sozial-, Umwelt- und Qualitätsstandards bestehen kann.“ Die **GRÜNEN** weisen darauf hin, dass sie „mit Renate Künast die Verbraucherpolitik erstmals in den Fokus der Bundespolitik gestellt“ haben. „Gesundheitlicher Verbraucherschutz – Lebensmittelsicherheit, saubere Luft, sichere Chemikalien und Produkte, Schutz vor Lärm, aber auch der Schutz der VerbraucherInnen vor Abzocke und wirtschaft-

lichen Nachteilen sind ein grünes Grundanliegen.“ Für die **FDP** ist „Wettbewerbspolitik die effektivste Form der Verbraucherpolitik, wenn es darum geht, den Verbrauchern erst einmal die Wahl unter Alternativen zu verschaffen.“ Die politische Steuerung des Konsums führt nach Meinung der FDP zu einer Bevormundung der Verbraucher und zusätzlicher Bürokratisierung des Wirtschaftslebens und wird deshalb ebenso abgelehnt, wie „dirigistische Eingriffe des Staates in das Markgeschehen“, wie z.B. Werbeverbote. Begrüßt werden dagegen Selbstverpflichtungen der Industrie. Für die FDP muss der Konsument seine Verantwortung selbst „durch die Präferenz für umweltfreundliche Produktalternativen offenbaren. Die Anbieter werden sich daran orientieren. Die Politik und Verbraucherverbände haben die Aufgabe, dem Verbraucher klar zu machen, seiner eigenen Verant-

wortung gerecht zu werden. Weitere Interessenvertretungen z.B. durch andere Einrichtungen oder durch Gruppierungen, die ausschließlich geschlechtsspezifische Interessen vertreten, werden von der FDP abgelehnt.“

Linkspartei.PDS „arbeiten mit Frauenverbänden sowie Umweltgruppen zusammen und können die Ergebnisse in unsere eigene Arbeit einfließen lassen.“ Sie „setzen sich in allen Bereichen für einen stärkeren Schutz der VerbraucherInnen ein. (...) Wirtschaftspolitik dient in den Augen der Linkspartei.PDS zuerst den Menschen – dazu gehört die Schaffung von Arbeitsplätzen, dazu gehört aber genauso der Schutz von Gesundheit, Umwelt und Verbraucherinteressen. Statt umwelt- und gesundheitsschädliche Zweige weiter zu fördern soll der Schwerpunkt auf moderne, nachhaltige Entwicklungspfade gesetzt werden.“

5. Prüfstein: Energiepolitik und Klimaschutzpolitik gerecht und ohne Risiken gestalten

CDU/CSU „wollen eine Energiepolitik mit Vernunft und Augenmaß“. Undenkbar ist für sie eine globale Lösung der CO₂-Problematik ohne Kernenergie. „Wir brauchen daher die Kernkraft auch in Deutschland und stellen die Weichen für eine geordnete Entsorgung.“ Zu den Fragen, wie die



Interessen von Frauen in der geplanten Energie- und Klimaschutzpolitik berücksichtigt werden oder wie die Partizipation von Frauen verbessert werden könnte, schreibt die CDU/CSU: „für uns hat das Vorfahrt, was neue Arbeitsplätze bringt (...)“, wofür sie Sozialabgaben senken, die Mehrwertsteuer erhöhen, den Arbeitsmarkt flexibilisieren, eine Steuerreform durchführen wollen und „Bürokratiebefreiung“ versprechen. Dadurch würden neue Arbeitsplätze entstehen und somit auch der Anteil von Frauen auf dem Energiearbeitsmarkt verbessert werden.

Die **SPD** glaubt: „in unserer Energie- und Klimaschutzpolitik sind die Interessen von Frauen und Männern gleichberechtigt berücksichtigt.“ Die Verbesserung des Anteils der Frauen am Energiearbeitsmarkt behandeln sie im Rahmen der allgemeinen Anstrengungen zur Erweiterung des Berufswahlspektrum für Frauen und zur Gewinnung von Frauen für naturwissenschaftliche und technische Studiengänge. Zur Partizipation von Frauen erklären sie: „Sobald Frauen sich druckvoll engagieren und z.B. an der nationalen und internationalen Klimaschutzpolitik teilhaben wollen und sich mit den entsprechenden Qualifikationen darum bewerben, ist die Partizipation sichergestellt.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

wollen die Zahl der Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft „deutlich steigern“ und verweisen auf ihre bisherigen Leistungen und ihren „Ansatz einer dezentralen, innovationsorientierten Energiepolitik, die auf viele Akteure und nicht wenige Großunternehmen setzt.“ Sie sprechen sich gegen Laufzeitverlängerungen von AKW aus,

„weil dadurch Investitionen in Erneuerbare Energien (...) über Jahre verhindert würden“. Sie hoffen, dass ihre Maßnahmen zur Teilnahme von mehr Frauen an der Ausbildung auch in technischen Berufen greifen und sind der Meinung: „Je dezentraler und verbrauchernäher eine Technologie ist, desto mehr werden in der Regel die Interessen der Frauen – insbesondere als Nutzerinnen – berücksichtigt.“ Sie sehen, „dass die Folgen des Klimawandels und damit Klimaschutz nicht geschlechtsneutral sind“ und wollen entsprechende Erkenntnisse bei der Implementierung von Maßnahmen „so gut wie möglich“ berücksichtigen. Die Verantwortung zur Vermeidung und Beseitigung von Umweltschäden sehen DIE GRÜNEN in erster Linie bei den Verursachern.

Die **FDP** begrüßt Maßnahmen, die den Anteil der Frauen in der Energiewirtschaft nachhaltig steigern – dabei setzt sie auf Freiwilligkeit und hält sich sowohl bezüglich energie- und klimaschutzpolitischer Ziele, Inhalte und Maßnahmen als auch geschlechtsspezifischer Aspekte dieser Themen zurück.

Die **Linkspartei.PDS** verweist auf die Antworten zu den Prüfsteinen 2 und 3.

6. Prüfstein: Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge

Die **CDU/CSU** halten es nicht für „evident, dass bei der Privatisierung und Liberalisierung von Märkten in erster Linie die Großkonsumenten profitieren und die Kleinverbraucher die Verlierer sind.“ Qualitätsstandards bei Privatisierung/ Liberalisierung würden „in erster Linie durch die Nachfrage, spricht durch den Verbraucher gewährleistet bzw. kontrolliert.“ Die hohen Energiepreise in Deutschland schreiben sie einer „ideologischen Energiepolitik“ und dem ihrer Meinung nach umweltpolitisch und technologischen verheerenden Ausstieg aus der Atomenergie zu. Sie verweisen nochmals auf die von ihnen geplante Energie- und Klimapolitik und meinen, dass insbesondere die Verbraucherinnen und Verbraucher die Gewinner einer solchen Politik seien.

Die **SPD** geht mehr auf die gestellten Fragen ein: „Um bei der Liberalisierung der Märkte für große Netzdienstleistungen (...) faire Wettbewerbsbedingungen zum Nutzen der VerbraucherInnen (...) zu schaffen, hat die SPD-geführte Bundesregierung die Bundesnetzagentur als selbständige Bundesbehörde gegründet.“ Zur Durchsetzung der Regulierungsziele sei diese Behörde „mit wirksamen Verfahren und Instrumenten ausgestattet worden, die auch Informations- und Untersuchungsrechte sowie (...) Sanktionsmöglichkeiten einschließen“. In punkto Qualitätsstandards verweisen sie auf die „rechtlichen Vorschriften, z.B. im Arbeits- oder Umweltrecht oder was Sicherheitsvorschriften betrifft“. Ihnen sei „nicht bekannt, dass es im Zuge der Liberalisierung der Märkte einen Verlust an Qualitäts- und Sicherheitsstandards gegeben hat“, sie sähen somit auch „keinen direkten Zusammenhang zwischen der Liberalisierung von Netzdienstleistungen und der Geschlechtergleichstellung“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten bei diesen Fragen eine starke Verbraucherschutzpolitik für zentral, auch „als Voraussetzung für ein Funktionieren des Marktes und des Wettbewerbs. Wir haben begonnen, die politischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Interessen schutzbedürftiger

Verbrauchergruppen gewahrt (...) werden. Mit Aufklärung, Transparenz und Information schaffen wir die Voraussetzungen, um Entscheidungsgrundlagen und Wahlfreiheit für den ‚mündigen‘ (...) Verbraucher zu ermöglichen.“ Wichtig z.B. für den Energiemarkt seien „verbraucherfreundliche Regelungen zur Stromkennzeichnung und zur Verbandsklage“ (gekippt durch die CDU-Mehrheit im Bundesrat). Die Wasserversorgung soll in öffentlicher Hand bleiben. Sie lehnen „eine Dienstleistungsrichtlinie ab, die über das ‚Herkunftslandprinzip‘ Druck auf soziale (...) [etc.] Standards aufbaut“ und setzen stattdessen auf „den Ausbau des europäischen Sozialmodells mit harmonisierten (...) Standards“.

Die **FDP** hält die Liberalisierung für „eine riesige Erfolgsgeschichte“. Auch die Qualität habe sich verbessert. Sie bedauert die zunehmende „staatliche Eingriffsintensität“ im Energiesektor und die „teilweise auch politisch unterstützten Monopolisierungstendenzen“ im Strom- und Gasmarkt. Mehr Wettbewerb wirke sich auch für die Endverbraucher in niedrigeren Preisen aus, Lenkungsmaßnahmen wie „die Ökosteuer, aber auch die Subventionierung der erneuerbaren Energien“ müssten dringend überprüft werden. Sie sind „fest davon überzeugt, dass auch Verbraucher von Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen profitieren werden“ und dass sich Qualitätsstandards am besten im Wettbewerb herausbilden und darüber auch zu kontrollieren seien.

„**Die Linkspartei.PDS** setzt sich für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge ein“ und wendet sich „gegen die Privatisierung von Energie, Wasser, Bahn, etc.“. Sie verteidigen auch ökologische Aspekte oder z.B. die Mobilitätsversorgung der Bevölkerung in ländlichen Regionen. Sie sind der Meinung, dass „der Markt spezielle Interessen in der Regel nicht ausreichend bedient“ und setzen sich daher „in erster Linie gegen Privatisierungen ein.“ Qualitätsstandards müssten durch einen gut ausgestatteten gesundheitlichen Verbraucherschutz und durch Prüfsiegel und Zertifikate gewährleistet werden.

7. Prüfstein: Gleichberechtigte Verteilung der finanziellen Ressourcen zwischen Frauen und Männern

Die Antwort der **CDU/CSU** beschränkt sich darauf, allgemein die finanzpolitische Situation zu beschreiben und in die Verantwortung der rot-grünen Koalition zu stellen. „Eine unionsgeführte Bundesregierung wird den Bundeshaushalt konsolidieren und in ihrer Haushaltspolitik die richtigen Schwerpunkte setzen. Davon werden Frauen und Männer in Deutschland gleichermaßen profitieren.“

Die **SPD** schreibt: „Das Prinzip des Gender Budgeting soll europaweit bis zum Jahr 2015 eingeführt werden. Darauf haben sich die EU-Finanzminister im Jahr 2001 verständigt. Im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming der Bundesregierung wurde eine Unterarbeitsgruppe Gender Budgeting eingerichtet. Sie soll bis zum Frühjahr 2006 konzeptionelle Vorschläge zur Umsetzung erarbeiten.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich „im Koalitionsvertrag zwischen Grünen und SPD 2002 (für Gender Budgeting) eingesetzt und formuliert: „Gender Mainstreaming soll als Methode zur Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes in allen Ressorts der Bundesregierung nachhaltig verankert werden. Gender Budgeting ist Teil dieser Strategie.“ Sie verweisen auf eine Machbarkeitsstudie zum Gender Budgeting, die konkrete Handlungsvorschläge zu Gender Budgeting in der Bundesregierung liefern soll. Ansonsten sehen sie die direktesten Anwendungsmöglichkeiten zurzeit auf Landes- und auf kommunaler Ebene und berichten über entsprechende Schritte, z.B. in Nordrhein-Westfalen.

Die **FDP** beschreibt mit allgemeinen Aussagen die Aufgaben des Bundeshaushalts und kommt zu dem Schluss: „Die Bedarfsdeckungsfunktion ist Ausdruck der Gemeinwohlorientierung des Staates und versucht damit auch den berechtigten Interessen von Frauen Rechnung zu tragen. Der von Ihnen in den Vordergrund gestellte Aspekt der Gerechtigkeit greift mit dem Vorschlag eines ‚Genderbudgets‘ nach meiner Auffassung zu kurz. Wenn es um den Aspekt der Gerechtigkeit geht, dann sollte die Generationengerechtigkeit stärker in den Vordergrund gestellt werden“.

Die **Linkspartei.PDS** befürwortet die Einführung eines Gender-Budgeting.

8. Prüfstein: Wirtschaft und Arbeit gerecht und nachhaltig gestalten

„Für **CDU und CSU** ist es selbstverständlich, dass der Familienarbeit und ehrenamtlichem Engagement wieder ein höherer Stellenwert beigemessen werden muss. Mütter und Väter, die sich für die ausschließliche Familienarbeit entscheiden, verdienen unseren Respekt und mehr Anerkennung.“ Kindererziehungszeiten sollen in der Rente besser anerkannt werden. Einzige Maßnahmen hinsichtlich eines Aufbrechens des traditionellen männlichen Alleinverdienermodells betreffen Vorhaben zur nachhaltigen Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit, um zu erreichen, „dass eine gleichberechtigte Aufteilung der Familienarbeit zwischen Mutter und Vater“ besser möglich wird. Auch im Wahlprogramm der CDU/CSU finden sich die wenigen Hinweise auf Frauenpolitik ausschließlich im Rahmen der Familienpolitik.



Die **SPD** will „auf die vielschichtigen Herausforderungen im Erwerbs- und Arbeitsleben ökonomisch nachhaltige und sozial gerechte Antworten“ finden. Neben einem allgemeinen Bekenntnis zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit bleibt sie vage: „Das muss in Form einer anpassungsfähigen und Chancengleichheit gewährenden Absicherung geschehen, die zeitweilige Unsicherheiten moderner Erwerbsverläufe, beispielsweise aufgrund sozial produktiver Nicht-Erwerbsphasen oder von Kindererziehungszeiten, kompensieren kann.“ Die SPD hält „bessere institutionelle Rahmenbedin-

gungen bezüglich Kinderbetreuung und Arbeitszeitsouveränität“ für die wichtigsten Punkte, die Wahlfreiheit ermöglichen. Gleichzeitig ist „ein breites und flexibles Angebot an Teilhabemöglichkeiten herzustellen“. Hier seien bereits „mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit, der Elternzeit, dem Ausbau von Kinderbetreuung, der Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes für bürgerschaftlich Engagierte, den Erleichterungen für ehrenamtliches Engagement von Arbeitslosen (...) wichtige Reformen in die Wege geleitet“, die fortgesetzt werden sollen.

„**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wollen allen die Teilhabe an der Gesellschaft und der Erwerbsarbeit ermöglichen statt viele auszugrenzen.“ Sie fordern „den Ausbau einer sozialen Grundsicherung, die Einführung von Mindestlöhnen und den Aufbau einer Bürgerversicherung sowie die Neugestaltung der Lebensarbeitszeiten“. Im Rahmen ihrer Frauenpolitik wollen sie sich explizit dafür einsetzen, „Männern den Zugang zur Sorge- und Familienarbeit zu erleichtern. Die gerechte Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Aufgaben voranzutreiben ist Ziel unserer Politik.“ Auch sie haben das „Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft“, sehen das Ziel darin aber in der „Stärkung von Gemeinsinn, gesellschaftlicher Solidarität und die Erneuerung der Demokratie von unten“.

Die **FDP** sehen die Wichtigkeit von gesellschaftlicher, beruflicher und familiärer Partizipation für Männer und Frauen und die Wichtigkeit der Vereinbarkeit dieser Ziele. „Auch für Männer müssen die Chancen verbessert werden, sich trotz Karriere intensiver ihrer Familie widmen zu können.“ Die FDP sieht die „schlechten Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit“, weshalb die Politik Bedingungen schaffen sollte, um eine bessere Vereinbarkeit zu gewährleisten. Als wichtige frauenpolitische Forderung möchte sie die Steuerklasse V abschaffen.

Die FDP fordert die Deregulierung und Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarkts und will das bürgerschaftliche Engagement fördern, dessen Bedeutung „bei der immer prekäreren Situation der öffentlichen Haushalte zukünftig stark zunehmen wird.“

„Die **Linkspartei.PDS** spricht sich für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aus, um Arbeiten im Non-Profit-Bereich zu schaffen und „durch gesellschaftlich gewollte Entlohnung dieser – oft von Frauen ausgeführten – Arbeit wie z.B. Pflege – eine entsprechende Anerkennung aus

drücken.“ Sie fordern eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung und die bessere Absicherung von Menschen, die in einem Ehrenamt arbeiten.

„Die Wachstumsideologie führt in die Sackgasse – das ist immer mehr zu beobachten. Wir müssen uns nicht nur Nachhaltigkeitsmodellen zuwenden, sondern auch damit leben, dass die Wirtschaft nicht immer weiter wachsen und es auch keine Vollbeschäftigung mehr geben wird. Hierfür brauchen wir gesellschaftliche Konzepte, die allen Menschen – unabhängig von der Erwerbsarbeit – ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.“

9. Wahlprüfstein

Der letzte Wahlprüfstein fragte, zu welchen Themen aus dem Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich Aktivitäten und Maßnahmen im Rahmen von Gen-

der Mainstreaming geplant sind. Hierzu schweigen sich die Parteien aus bzw. verweisen allenfalls auf die Antworten auf die anderen Prüfsteine.



Impressum

Vierteljährlicher Newsletter von **genanet** – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Zum Ein- oder Austragen in den Verteiler für den Newsletter verwenden Sie bitte das Bestellformular unter www.genanet.de/11.0.html.

Der Redaktionsschluss für die nächste reguläre Ausgabe ist am 24.10.2005. Beiträge, Hinweise auf Veranstaltungen oder Rezensionen von Veröffentlichungen sind uns immer willkommen. Für weitere Informationen und Aktualisierungen verweisen wir auf unsere Internetseite www.genanet.de.

Redaktion & Kontakt: Anja Becker (ab), LIFE e.V., Hohenstaufenstr. 8, D-60327 Frankfurt/M. Tel.: 069-740757, becker@genanet.de.

ViSdP: Ulrike Röhr (ur), LIFE e.V.

genanet wird finanziell gefördert vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt

